

TU

Ämtliche Bekanntmachungen

- An die Dienststellen
gemäß Verteiler TU 3

UB- Herr Hinz (5 Ex.)
UB-Zeitschriftenstelle (2 Ex.)
Pressestelle (5 Ex.)
Abteilung 36 (2 Ex.)

Nr. 107
10.10.1997

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Pockelsstr. 14
38106 Braunschweig
Tel (0531) 391-4123
Fax (0531) 391-4575

Universitäts-
Bibliothek
Braunschweig

Grundordnung

der Technischen Universität Braunschweig

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat die vom Konzil der TU Braunschweig in seiner Sitzung am 07.02.1997 verabschiedete Grundordnung am 11.06.1997 gemäß § 80 Abs. 1 und 2 Nr. 1 NHG genehmigt. Die Grundordnung wurde am 21.08.1997 im Niedersächsischen Ministerialblatt Nr. 30/1997 (S. 1187) veröffentlicht und trat am 22.08.1997 in Kraft. Sie wird nachstehend auch hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Technische Biochemie

Produktion einschließlich Arbeitsvorbereitung, Vertrieb und Marketing, Finanz- und Rechnungswesen), organisatorische und technische Hilfsmittel der Büros, Einführung in die wissenschaftliche Betriebsführung und in das Finanz- und Rechnungswesen.

Biomoleküle (Wasser, Aminosäuren und Peptide, Enzyme, Proteine, Kohlenhydrate, Lipide und Membranen, Nucleotide und Nucleinsäuren, Vitamine und Coenzyme), Überblick Intermediär-Stoffwechsel, metabolische Stöchiometrie und Energiebilanzen (Thermodynamik der Zelle/enzymatischer Reaktionen, Kopplung metabolischer Reaktionen, Oxidation und Reduktion, Kohlenstoff-Katabolismus, Atmung), Biosynthesen.

Instrumentelle Analytik

Physikalische Meßgrößen (Temperatur und Wärmetönung, Druck, Drehzahl und Leistungseintrag, Rheometrie, Füllstand, Durchfluß, Mischzeit, Blasengröße), Gasphase-Konzentrationen (O_2 - und CO_2 -Bestimmung, Massenspektroskopie, Gaschromatographie, Festkörper-Gassensoren), Flüssigkeitsphase-Konzentrationen (Trübung, Fluoreszenz, Potentiometrie, Amperometrie, Polarimeter, HPCL, FIA, Elektrophorese), Biosensoren (Bio-Elektroden, Enzym-Thermistoren, BioFET, Piezoelektrische Biosensoren, Optroden).

Mikrobiologie

Allgemeine Eigenschaften von Mikroorganismen, Struktur und Bestandteile der Zellen, Transportmechanismen, Proteinsynthese, Grundmechanismen des Stoffwechsels (Kohlenstoff- und Energiequellen, Katabolismus und Anabolismus, Energiezyklus der Zelle, Regulation des Energiestoffwechsels), Wachstum von Mikroorganismen, Ökologie und mikrobielle Wechselwirkungen, Abbau von Natur- und Fremdstoffen.

Mikrobiologische Analytik

Quantifizierung von Mikroorganismen-Populationen (Zählung, Wägung, Bestimmung durch Zellinhaltsstoffe und kulturelle Methoden), Verfahren der Quantifizierung (Zählkammer, Membranfilter, Coulter-Counter usw.) Hemmstoffe und Wachstumsstoffe, Anwendungen.

Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Bek. d. MWK v. 11. 6. 1997 — 22 B.1-70022-15-1/96 —

Mit Erlaß vom 11. 6. 1997 habe ich die Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig gemäß § 80 Abs. 1 und 2 Nr. 1 NHG i. d. F. vom 21. 1. 1994 Nds. GVBl. S. 13), zuletzt geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 20. 11. 1995 (Nds. GVBl. S. 427), genehmigt (Anlage).

— Nds. MBl. Nr. 30/1997 S. 1187

Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

§ 1

Name, Rechtsstellung und Dienstsiegel der Technischen Universität

(1) Die Universität trägt den Namen „Technische Universität Braunschweig“. Sie führt zusätzlich die historische Bezeichnung „Carolo-Wilhelmina“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich eine Einrichtung des Landes Niedersachsen mit dem Recht zur Selbstverwaltung. Sie führt das Landessiegel.

(2) Die Technische Universität Braunschweig hat das Recht der Promotion, der Habilitation und der Verleihung akademischer Grade und Ehrentitel.

(3) Die Technische Universität Braunschweig führt in Selbstverwaltungsangelegenheiten ein eigenes Siegel mit folgendem Emblem:

Senkrecht geteiltes Oval mit zwei übereinander angeordneten schreitenden Leoparden im linken Feld und einem aufrecht stehenden Löwen im rechten Feld, das mit acht Herzen verziert ist.

Die Umschrift des Siegels enthält den Namen und die historische Bezeichnung nach Absatz 1.

§ 2

Aufgaben

(1) Die Technische Universität Braunschweig hat die Aufgabe, Wissenschaft und Kunst in freier Forschung, freier Lehre und freiem Studium zu pflegen. Sie versteht sich als eine Gemeinschaft von Personen, die im Bewußtsein der Verantwortung vor Verfassung und Gesellschaft forschen, lehren und lernen.

(2) Im Rahmen ihrer Aufgaben dient die Technische Universität Braunschweig der Pflege und der Entwicklung der naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Disziplinen in Forschung, Lehre und Studium. Sie trägt zur Bildung ihrer Mitglieder und Angehörigen bei.

(3) Die Technische Universität Braunschweig pflegt auch das weiterführende Studium und beteiligt sich an Veranstaltungen der Weiterbildung. Sie fördert die Weiterbildung ihrer Angehörigen.

(4) Die Technische Universität Braunschweig schafft die Voraussetzungen für eine angemessene kulturelle und sportliche Betätigung ihrer Mitglieder und Angehörigen sowie für die Entwicklung von deren studien- und berufsbezogener fremdsprachlicher Kompetenz. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender.

(5) Die Technische Universität Braunschweig trägt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei und ergreift wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Nachteilen, die für Frauen bestehen.

(6) Weitere Aufgaben der Technischen Universität ergeben sich aus § 2 NHG.

§ 3

Universitätsleitung

(1) Die Technische Universität Braunschweig wird von einer Präsidentin oder einem Präsidenten geleitet. Die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und die Kanzlerin oder der Kanzler unterstützen die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Wahrnehmung der Aufgaben. Im übrigen richten sich die Aufgaben nach dem NHG, insbesondere nach den §§ 86, 89, 92 und 93 NHG.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und die Kanzlerin oder der Kanzler treffen regelmäßig zu Besprechungen zusammen. Auf Wunsch einer Beteiligten oder eines Beteiligten beruft die Präsidentin oder der Präsident diesen Kreis auch außerhalb der Regelbesprechungen ein.

(3) Die Präsidentin oder der Präsident werden von den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten vertreten. Während der Dauer der Stellvertretung haben die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten mit Ausnahme von Rechts- und Ver-

waltungsangelegenheiten die gleichen Rechte und Pflichten wie die Präsidentin oder der Präsident.

(4) Sind auch die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten verhindert, so tritt an deren Stelle die oder der dienstälteste dem Senat angehörende Vorsitzende einer Gemeinsamen Fakultät oder die Dekanin oder der Dekan eines Fachbereichs, bei gleichem Dienstalder die oder der an Lebensjahren Ältere.

(5) Die Kanzlerin oder der Kanzler ist ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Präsidentin oder des Präsidenten in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten. Im Falle der Abwesenheit der Kanzlerin oder des Kanzlers wird diese oder dieser durch die dienstälteste anwesende Beamtin oder den dienstältesten anwesenden Beamten der Universitätsverwaltung mit Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst vertreten.

(6) Das Konzil wählt die Präsidentin oder den Präsidenten auf Grund eines Wahlvorschlages des Senats und die beiden Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten. Den Wahlen geht eine Vorstellung der Kandidatinnen oder der Kandidaten voraus. Für die Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten kann die Präsidentin oder der Präsident eine Nominierungskommission mit beratender Funktion einsetzen, der die Dekaninnen oder Dekane der Fachbereiche und die Vorsitzenden der Gemeinsamen Fakultäten sowie je zwei vom Senat zu benennende Vertreterinnen oder Vertreter der einzelnen Mitgliedergruppen angehören.

(7) Die erste Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten beträgt vier Jahre. Das Konzil kann vor der Wahl bestimmen, daß die erste Amtszeit bis sechs Jahre dauern soll. Bei einer Wiederwahl beträgt die Amtszeit sechs Jahre.

(8) Die Amtszeit der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahlen sollen so erfolgen, daß sich die Amtszeiten jeweils ein Jahr überschneiden.

(9) Im übrigen gelten die §§ 86, 87, 89 und 92 NHG.

§ 4

Konzil

(1) Das Konzil besteht gemäß § 94 Abs. 3 NHG aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern, die gemäß § 42 NHG gewählt werden.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident beruft das Konzil im Benehmen mit der oder dem Vorsitzenden des Konzilsvorstandes einmal im Semester ein und nimmt an seinen Sitzungen teil. Auf Antrag des Konzilsvorstandes oder eines Drittels der Konzilsmitglieder muß das Konzil einberufen werden.

(3) Die Sitzungen des Konzils werden von einem Konzilsvorstand geleitet, in den jede der im Konzil vertretenen Gruppen ein von ihr gewähltes Mitglied entsendet. Auf Vorschlag des Konzilsvorstandes wählt das Konzil eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden des Konzilsvorstandes.

(4) Das Konzil gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Im übrigen gilt § 94 NHG.

§ 5

Senat

(1) Der Senat besteht gemäß § 97 Abs. 1 NHG aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern, die gemäß § 42 NHG gewählt werden.

(2) Dem Senat gehören mit beratender Stimme an: die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Kanzlerin oder der Kanzler, die Vorsitzenden der Gemeinsamen Fakultäten, die Dekaninnen oder Dekane der Fachbereiche sowie die Frauenbeauftragte.

(3) Die Präsidentin oder der Präsident beruft die Senatsitzungen ein und leitet sie.

§ 6

Fachbereiche und Gemeinsame Fakultäten

(1) Der Fachbereich ist die organisatorische Grundeinheit der Technischen Universität. Ein Fachbereich soll verwandte und benachbarte Fachgebiete umfassen.

(2) Für Fachbereiche mit Studiengängen, deren Studienleistungen zu wesentlichen Teilen aufeinander bezogen sind, beschließt der Senat nach Anhörung der beteiligten Fachbereiche die Bildung einer Gemeinsamen Fakultät, sofern dies zur sachgerechten Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(3) Die Dekanin oder der Dekan des Fachbereichs oder die oder der Vorsitzende der Gemeinsamen Fakultät führt die laufenden Geschäfte in eigener Zuständigkeit. Sie werden vom Fachbereichsrat oder der Gemeinsamen Fakultät aus der Mitte der Angehörigen der Professorengruppe für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan des Fachbereichs oder die oder der Vorsitzende der Gemeinsamen Fakultät werden von den Amtsvorgängerinnen oder Amtsvorgängern in rücklaufender Reihenfolge vertreten, sofern diese dem Gremium angehören. Gehört keine der Amtsvorgängerinnen oder keiner der Amtsvorgänger dem Fachbereichsrat oder der Gemeinsamen Fakultät an, so obliegt die Vertretung den übrigen Professorinnen oder Professoren des Fachbereichsrates oder der Gemeinsamen Fakultät in der Reihenfolge des Dienstalters. Vertritt ein Mitglied des Fachbereichsrates oder der Gemeinsamen Fakultät die Leitung des Fachbereichs oder der Gemeinsamen Fakultät, so hat es im Fachbereichsrat oder in der Gemeinsamen Fakultät kein Stimmrecht.

(5) Im übrigen gelten die §§ 104 bis 107 und 109 NHG.

§ 7

Wissenschaftliche und Zentrale Einrichtungen

(1) Die Fachbereiche gliedern sich in Institute oder Seminare, die, soweit zweckmäßig, als Zusammenschluß von Forschungs- und Lehrgebieten zu errichten sind und insbesondere in Abteilungen gegliedert werden können.

(2) Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen obliegt einem Vorstand, der in der Regel aus drei Mitgliedern der Professorengruppe besteht. Die Fachbereiche können in Instituts- oder Seminarordnungen regeln, daß dem Vorstand zusätzlich je ein Mitglied der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe angehört. Die Geschäftsführung obliegt einem Mitglied der Professorengruppe. Die Vorstandsmitglieder werden von den Vertreterinnen und Vertretern der an der wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Angehörigen ihrer Gruppe gewählt. Die übrigen Angehörigen der Professorengruppe sowie gewählte Angehörige der anderen Statusgruppen können an den Sitzungen des Vorstandes beratend teilnehmen.

(3) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, die der gesamten Technischen Universität dienen, sind als zentrale Einrichtungen zu errichten und zu verwalten. Zum Erreichen fachübergreifender wissenschaftlicher Ziele können auch Zentren gebildet werden.

(4) Im übrigen gelten die §§ 111 bis 117 NHG.

§ 8

Frauenversammlung

(1) Aus dem Kreis aller Hochschulfrauen wird eine Frauenversammlung gebildet.

(2) Die Frauenversammlung setzt sich aus je zehn Vertreterinnen der einzelnen Mitgliedergruppen zusammen. Die Mitglieder werden nach den für Kollegialorgane geltenden Grundsätzen unmittelbar gewählt. Die Wahl wird mit den Wahlen zum Konzil, zum Senat und zu den Fachbereichsräten verbunden. Der Hochschulwahlausschuß ist gleichzeitig Wahlausschuß für die Wahl der Frauenversammlung. Die Amtszeit der Studentischen Mitglieder der Frauenversammlung beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Mitglieder beträgt zwei Jahre.

(3) Die Frauenversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese wird von der Senatskommission für Frauenförderung und Gleichberechtigung vorbereitet, in einer Frauenvollversammlung verabschiedet und vom Senat bestätigt.

(4) Die Frauenversammlung schlägt dem Senat die Organisationsform der Frauenbeauftragten gemäß § 100 NHG vor. Im übrigen gilt § 95 NHG.

(5) Mindestens einmal im Jahr findet eine Frauenvollversammlung statt, in der sich u. a. die Kandidatinnen für die Wahl zur Frauenversammlung vorstellen können.

§ 9

Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung

(1) Die Mitglieder der Technischen Universität haben das Recht und die Pflicht, nach Maßgabe des NHG und dieser Ordnung an der Erfüllung der Aufgaben der Technischen Universität und an der Selbstverwaltung mitzuwirken. Mitglieder, die als solche in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis

stehen, erfüllen diese Pflicht zugleich als eine ihnen dienstlich obliegende Aufgabe.

(2) Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden (z. B. besondere Belastungen oder Einschränkungen im persönlichen Bereich, mehrmalige Wahrnehmung vergleichbarer Funktionen in der Selbstverwaltung, außergewöhnliche Belastung durch laufende Forschungsvorhaben).

(3) Für einen Rücktritt aus einem Amt gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Mitglieder der Professorengruppe, der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe können sich zur Regelung ihrer Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Technischen Universität und zur Vertretung ihrer hochschulbezogenen Interessen organisieren. Beschlüsse dieser Organisationen haben keinen Bindungscharakter für Mitglieder von Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Wird von den jeweiligen Gruppen eine Geschäftsordnung beschlossen, so ist diese der Präsidentin oder dem Präsidenten zur Kenntnis zu geben.

(5) Die Mitglieder der Gruppe der Studierenden sind außerdem in den Organen der Studentenschaft gemäß § 45 NHG organisiert. Im übrigen gelten die §§ 44 bis 46 NHG.

§ 10'

Sonderforschungsbereiche

(1) An der Technischen Universität können Sonderforschungsbereiche eingerichtet werden.

(2) Die Leitung obliegt einem Vorstand, dessen Zusammensetzung in der Ordnung des jeweiligen Sonderforschungsbereiches geregelt wird.

(3) Im übrigen gilt § 29 NHG i. V. m. § 38 des Hochschulrahmengesetzes.

§ 11

Berufungen

(1) Der Berufungsvorschlag für ein Professorenamt wird auf Vorschlag einer Berufungskommission vom Fachbereich oder von der Gemeinsamen Fakultät aufgestellt.

(2) Berührt das Fachgebiet einer zu besetzenden Professorenstelle das Fachgebiet eines anderen Fachbereichs, so soll dieser Fachbereich bei der Aufstellung des Berufungsvorschlages beteiligt werden.

(3) Die Beteiligung kann durch Aufnahme von stimmberechtigten Mitgliedern in die Berufungskommission oder durch Hinzuziehung von Beraterinnen und Beratern der betroffenen Fachbereiche erfolgen, über deren Nominierung diese entscheiden.

(4) Jede neu ernannte Professorin und jeder neu ernannte Professor ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach der Ernennung eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten.

(5) Im übrigen gelten die §§ 52 bis 54 und 99 Abs. 3 und 4 NHG.

§ 12

Honorarprofessoren, Ehrensenatoren, Ehrenbürger und Ehrendoktoren

(1) An der Technischen Universität Braunschweig können Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren gemäß § 73 NHG bestellt werden.

(2) Der Senat bestimmt durch eine Ehrungsordnung die Voraussetzungen für die Verleihung der Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators oder einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers und regelt das Verfahren und die Mitwirkung der Fachbereiche und Gemeinsamen Fakultäten.

(3) Die Ehrendoktorwürde wird von den Fachbereichen oder Gemeinsamen Fakultäten mit Zustimmung des Senats verliehen. Näheres regeln die Promotionsordnungen der Fachbereiche oder Gemeinsamen Fakultäten.

§ 13

Frauenbeauftragte und Kommission für Frauenförderung

(1) Die Frauenbeauftragte der Technischen Universität nimmt die Belange der Hochschulfrauen in Hochschule und Gesellschaft wahr und fördert die Verwirklichung der Ziele und die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Abs. 3 NHG.

(2) Die Frauenbeauftragte wird vom Senat auf Vorschlag der Frauenversammlung gewählt. Entsprechendes gilt für die Bestellung von Frauenbeauftragten gemäß § 100 Abs. 3 NHG.

Die Amtszeit der nach § 100 Abs. 1 oder 3 NHG gewählten zentralen Frauenbeauftragten beträgt zwei Jahre; für die Amtszeit einer im Hauptamt tätigen Frauenbeauftragten finden die für das Präsidentenamt geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Die Frauenbeauftragten der Technischen Universität können zur Wahrnehmung und im Rahmen ihrer Aufgaben an den Sitzungen der Gremien und Kollegialorgane mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen. Sie sind wie die übrigen Gremienmitglieder einzuladen und zu informieren.

(4) Für die einzelnen Fachbereiche der Technischen Universität sollen Frauenbeauftragte bestellt werden. Auch für die zentralen Einrichtungen und für die Zentralverwaltung können Frauenbeauftragte bestellt werden.

(5) Die Frauenbeauftragten bilden zur gegenseitigen Abstimmung und Unterstützung den Rat der Frauenbeauftragten. Sie vertreten sich gegenseitig bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 99 NHG.

(6) Die Kommission für Frauenförderung und Gleichberechtigung ist eine ständige Kommission des Senats. Ihre Aufgaben richten sich nach § 103 NHG und werden im einzelnen vom Senat auf Vorschlag der Frauenbeauftragten festgelegt. Die Kommission berät Richtlinien zur Frauenförderung und den Frauenförderplan und legt sie bzw. ihn dem Senat zur Beschlussfassung vor.

(7) Im übrigen gelten die §§ 99 bis 103 NHG.

§ 14

Hochschulentwicklungsplanung

(1) Zur Aufstellung und Fortschreibung der Entwicklungsplanung der Technischen Universität werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten Vorschläge entworfen, die in der Planungskommission unter Beteiligung der Fachbereiche, Gemeinsamen Fakultäten und zentralen Einrichtungen beraten und vom Senat beschlossen werden. Zur Hochschulentwicklungsplanung gehört auch die Aufstellung eines Frauenförderplans. Über die Hochschulentwicklungsplanung ist dem Konzil zu berichten.

(2) Wenn nach Auffassung des Senats die Hochschulentwicklungsplanung hochschulpolitische Grundsatzfragen oder Fragen der Hochschulreform berührt, ersucht der Senat das Konzil um eine Stellungnahme.

§ 15

Hochschulöffentliche Bekanntmachungen

Die hochschulöffentliche Bekanntmachung der von den Organen der Technischen Universität sowie den Gemeinsamen Fakultäten und Fachbereichen erlassenen Satzungen und Ordnungen erfolgt durch die „Amtliche Bekanntmachungen der Technischen Universität Braunschweig“.

§ 16

Beschlüsse

Die Ordnungen der Technischen Universität (zum Beispiel Habilitations-, Promotions- oder Prüfungsordnungen, Geschäftsordnungen) können qualifizierte Mehrheitsentscheidungen vorsehen.

§ 17

Änderung der Grundordnung

Über Anträge auf Änderungen dieser Grundordnung wird in geheimer Abstimmung vom Konzil beschlossen. Entsprechende Beschlüsse bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der gültigen Stimmen und zugleich der Mehrheit der Stimmen aller Konzilsmitglieder.

§ 18

Inkrafttreten der Grundordnung

Diese Grundordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Nds. MBl. in Kraft. Gleichzeitig tritt die Grundordnung vom 10. 4. 1984, Anlage zur Bek. vom 10. 4. 1984 (Nds. MBl. S. 508), außer Kraft.